

Eine Million Demonstranten und Streik-Euphorie der Eisenbahner treiben Emmanuel Macron in die Enge / Ausstände gehen über das Wochenende unvermindert weiter

Frankreichs Regierung versucht den sozialen Flächenbrand zu löschen: Mit zeitlichen und finanziellen Zugeständnissen bei der Umsetzung der Rentenreform soll ein Teil der Gewerkschaften besänftigt werden. Aber die Streikbasis und die radikaleren Gewerkschaftsbünde wollen die gesamte Reform kippen.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Die Pariser šGare du Nordö ist einer der größten Bahnhöfe Europas und der wohl wichtigste Knotenpunkt Nordwesteuropas. Von hier aus zischt der šEurostarö unter dem Ärmelkanal nach London. Die Garnituren des deutschen ICE und des französischen TGV kreuzen sich hier. Der šThalysö braust im Stundentakt in die EU-Hochburg Brüssel. Vor allem aber fluten normalerweise hunderttausende Pendler aus dem Pariser Vorortegürtel die Bahnhofshalle. Aber jetzt herrschen hier keine normalen Bedingungen, und das auf unabsehbare Zeit.

Dafür sorgen ein paar hundert Eisenbahner, die sich seit Donnerstag, jeden Morgen in einem Depotgebäude zu einer šAGö (šAssemblée generaleö, auf Deutsch: Vollversammlungö) einfinden. šWer ist für die Fortführung des Streiks?ö fragt ein Gewerkschafter auf einem Podest. Wie ein Mann (oder besser gesagt: auch wie eine Frau, weil Eisenbahnerinnen in dem Arbeitskampf eine hervorragende Rolle spielen) reißt die dicht gedrängte Menge die Arme hoch. Dazu Jubelchöre: šOuai ó Tous ensemble, tous ensembleö (Sinngemäß: Jo, wir stehen alle beisammen).

Solche Szenen kollektiver Euphorie haben sich Freitag in etlichen Bahndepots Frankreichs wiederholt. Am Tag zuvor waren annähernd eine Million Personen dem Aufruf fast aller ó ansonsten vielfach zerstrittenen ó Gewerkschaftsbünde Frankreichs gefolgt und gegen die geplante Rentenreform auf die Straßen gegangen. šGelbwestenö waren auch wieder dabei, und schwarz bekleidete Schlägergruppen, die sogenannten šBlack Blocksö sorgten auch wieder für Randalen, aber sie konnten zum ersten Mal seit langem den Gewerkschaften nicht die Show stehlen. Sogar die Regierungssprecherin gab sich anerkennend: šWir respektieren die Mobilisierung der Franzosenö.

Zusätzlich zum unbefristet andauernden Bahnstreik haben inzwischen die meisten Gewerkschaften für nächsten Dienstag neuerlich zum allgemeinen Ausstand und Demos aufgerufen. Unterdessen gingen auch Freitag die Streiks auf Flughäfen, in den Schulen (unter Beteiligung der Schüler) und in den Raffinerien weiter. In mehreren Raffinerien verhinderten die Streikenden die Auslieferung von Treibstoff an Tankstellen.

Freilich: auch eine Million Demonstranten landesweit stellt nur einen Bruchteil der Bevölkerung dar. Und die Stimmung in der Bevölkerung bleibt schwer verworren: einerseits erklärten sich laut Umfrage zwei Drittel der Franzosen mit dem Streik einverstanden. Eine

ebenso große Mehrheit befürwortet aber gleichzeitig die Abschaffung der vergleichsweise noch sehr günstigen Sonder-Rentensysteme der Eisenbahner. Was wiederum dem Reformplan der Regierung entspricht und einem der Hauptanliegen der Streikenden zuwiderläuft.

Zurzeit kann noch ein Teil der fahrenden Eisenbahner mit 52 und Nicht-Fahrende mit 57 Jahren in Pension gehen. Wohingegen das allgemeine gesetzliche Rentenalters bei 62 Jahren liegt, und de facto, wegen der Verlängerung der erforderlichen Beitragsjahre, die Franzosen im Schnitt mit 63,4 Jahren ihre Rente antreten (Zuvor Entlassene nicht eingerechnet). Allerdings gelten auch bei der Bahn die Pensionsprivilegien nur mehr für immer weniger Bedienstete, weil der ursprüngliche Beamten-ähnliche Eisenbahner-Status für nachrückende Generationen abgeschafft wurde.

Emmanuel Macron hatte schon im Vorlauf seines Siegs bei den Präsidentenwahlen 2017 die Vereinheitlichung des verworrenen Pensionssystems, das in 42 verschiedenen funktionierende Kassen zersplittert ist, zu einem seiner Hauptanliegen erkoren. Ziel der Reform: ein einheitliches Entgelt-Punktsystem treten, das jedem pro eingezahlten Betrag einen gleichwertigen Pensionsanspruch gewährt.

Inzwischen wurde aber klar, dass es zahllose Berufsgruppen vor allem (aber nicht nur) im öffentlichen Dienst gibt, die bei einer glatten Anwendung dieses Punkte-Systems, drastische Abstriche hinnehmen müssten ó in etlichen Fällen nach eher schlecht bezahlten und zermürbenden Berufslaufbahnen, etwa beim Krankenhauspersonal, bei Lehrern oder bei der Feuerwehr.

Die Regierung hat zwar für alle Härtefälle ausgleichende Maßnahmen und sogar eine Erhöhung der Mindestansprüche namentlich für alleinstehende Mütter, ärmere Selbständige und prekäre Jobber in Aussicht gestellt. Aber bisher blieben die diesbezüglichen Ansagen derartig diffus und widersprüchlich, dass sie meistens für Verunsicherung sorgten.

Die Regierung wird jetzt präzisere Zugeständnisse machen. Nächsten Mittwoch wird Premierminister Edouard Philippe das konkret ausformulierte Reformprojekt präsentieren. Unter Druck der Streikbewegung musste sich der Regierungschef aber bereits am Samstag zu einem ursprünglich nicht geplanten kurzen TV-Auftritt entschließen: dabei beteuerte er abermals, dass er die Sorgen der Streikenden ernst nehme und auf den Dialog mit den Sozialpartnern setze. Namentlich den Dienstnehmern der Bahn und Pariser Metro räumte Edouard Philippe ein, sie hätten ein legitimes Anrecht auf eine zeitlich breit angelegte Übergangsphase von ihrem Sonderpensions-System zum neuen Einheits-Punkte-System.

Die Frage ist bloß, ob es nicht zu spät ist: die Streikbasis will inzwischen das gesamte Punkteprojekt kippen. Damit aber steht oder fällt die verbliebene Glaubwürdigkeit von Macron als Erneuerer.